

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tom Schreiber (SPD)

vom 07. Oktober 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Oktober 2015) und **Antwort**

Übergriffe von Anwälten auf Justizangestellte bzw. Justizbeamte in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Gab es in den letzten fünf Jahren verbale oder tätliche Übergriffe von Anwältinnen und Anwälten gegenüber den Justizangestellten und Justizbeamtinnen bzw. -beamten in den Berliner Justizvollzugsanstalten? (Wenn ja, Einzelaufstellung der Vorfälle nach Art, Anstalt und Datum erbeten.)

Zu 1.: Dem Senat sind solche Übergriffe durch Anwältinnen und Anwälte nicht bekannt.

2. Welche Gegenstände wurden in den letzten fünf Jahren bei der Kontrolle von Anwältinnen und Anwälten in den Justizvollzugsanstalten gefunden? (Bitte um Aufstellung nach Art, Anstalt und Jahr.)

3. Gab es in dieser Zeit Drogen- oder Handfunde bei Anwältinnen und Anwälten in Justizvollzugsanstalten? (Wenn ja, bitte um Aufstellung nach Art, Anstalt und Jahr.)

Zu 2. und 3.: In den Anstalten nicht zugelassene Gegenstände sind bei dem betreffenden Personenkreis in den letzten fünf Jahren wie folgt aufgefunden worden:

JVA Moabit	2010: 3 Mobiltelefone 2011: 7 Mobiltelefone, 1 Ladekabel, 7 selbstgebrannte DVDs 2012: 5 Mobiltelefone, 1 x Betäubungsmittel (21,67 Gramm Hashisch), 1 Gürtelschnalle in Form einer Automatikwaffe 2013: 3 Mobiltelefone 2014: 2 Döner 2015: 2 Mobiltelefone, 1 Ladekabel
JVA Tegel	2013: 25,3 g Marihuana und 20 Tabletten „Vomacur“
JVA Heidering	keine
JVA Plötzensee	keine
Jugendstrafanstalt Berlin	keine
JVA für Frauen Berlin	keine
JVA offener Vollzug	keine
Jugendarrestanstalt Berlin	keine

*JVA = Justizvollzugsanstalt

4. Gab es von Anwältinnen und Anwälten den Versuch Bargeld in Justizvollzugsanstalten zu schmuggeln? (Wenn ja, bitte um Aufstellung nach Anstalt und Jahr.)

Zu 4.:

JVA Moabit	Im Jahr 2011 wurde bei einem Anwalt anlässlich der Einlasskontrolle ein Briefumschlag aufgefunden, der 10.200 US-Dollar enthielt. Der Umschlag befand sich in seiner Sakkotasche. Der Anwalt erklärte auf Befragen, dass der Betrag ein Honorar darstelle, das er von einem nicht in der JVA Moabit untergebrachten Mandanten erhalten habe. Das Angebot der Anstalt, das Geld für die Zeit seines Aufenthalts in der JVA Moabit behördlich zu verwahren, nahm er nicht in Anspruch, sondern verließ die Anstalt, um sie kurze Zeit später erneut aufzusuchen. Die JVA Moabit sieht sich nicht in der Lage zu beurteilen, ob der Anwalt den Vorsatz hatte, den Geldbetrag in die Anstalt „zu schmuggeln“ oder ob es sich lediglich um Gedankenlosigkeit handelte.
JVA Tegel	nein
JVA Heidering	nein
JVA Plötzensee	nein
Jugendstrafanstalt Berlin	nein
JVA für Frauen Berlin	nein
JVA offener Vollzug	nein
Jugendarrestanstalt Berlin	nein

5. Welche Konsequenzen hatte dies in den unter 1. bis 4. beschriebenen Fällen für die betroffenen Anwältinnen und Anwälte?

6. Wurden in dieser Zeit Hausverbote gegen Anwältinnen und Anwälte ausgesprochen? (Wenn ja, wie viele und für welche Anstalten?)

Zu 5 und 6.:

JVA Moabit	1x mündliche Ermahnung 17x schriftliche Ermahnungen 1x persönliches Gespräch mit dem Anstaltsleiter 3x Schreiben an die Rechtsanwaltskammer 1x Ordnungswidrigkeitenanzeige 1x Strafanzeige 1x Hausverbot.
JVA Tegel	Der in der Antwort auf Frage 2 beschriebene Fall führte zur Einleitung von strafrechtlichen Ermittlungen, eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens sowie eines standesrechtlichen Verfahrens. In dem geschilderten Fall wurde gegen den betroffenen Anwalt ein Haus- und Besuchsverbot ausgesprochen.
JVA Heidering	entfällt
JVA Plötzensee	entfällt
Jugendstrafanstalt Berlin	entfällt
JVA für Frauen Berlin	entfällt
JVA offener Vollzug	entfällt
Jugendarrestanstalt Berlin	entfällt

7. In wie vielen Fällen wurde Anwältinnen bzw. Anwälten die Zulassung aufgrund von den unter 1. bis 4. beschriebenen Taten entzogen? (Aufstellung der Fallzahlen nach Jahren.)

Berlin, den 11. November 2015

In Vertretung

Straßmeir

Zu 7.: Hierüber liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Nov. 2015)